

Bezugspreis
Für Halle monatlich bei zweimonatlicher
Abstellung 1.60 Mark, vierteljährlich
4.50 Mark, durch die Post 4.50 Mark
zusätzlich. Zustellungsgebühren, Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen. Im
entschiedenen Zeitungsverzeichnis unter
„Halle-Zeitung“ eingetragen. Für un-
erwartet eingegangene Manuskripte
gibt keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit der Quellen-
angabe „Halle-Zeitung“ gestattet.
Gericht der Schriftleitung Nr. 1140,
der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142,
der Bezugs-Abteilung Nr. 1133;
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4609.

Morgen-Ausgabe.

Halle-Zeitung

Dreißigundfünfzigster Jahrgang.

Anzeige
Nr. 29. Halle, Sonnabend, den 18. Januar. 1919.

Nr. 29.

Halle, Sonnabend, den 18. Januar.

1919.

Abweisung englischer Einmischung.

Eine kräftige Zurückweisung englischer Annäherung.

WTB. Berlin, 17. Jan. (Drahtnachricht.) Die eng-
lische Regierung hat am 8. d. M. der deutschen Regierung
eine Note überreicht, in der sie die deutsche Regierung auffordert, künftig jede Herausforderung der polnischen Bevölkerung in Ost- und Westpreußen, Polen und Schlesien zu unterlassen. Sie weist
darauf hin, daß in Zukunft die deutsche Regierung von den
Entscheidungen der Friedenskonferenz abhängen werde.
Hierauf hat die deutsche Regierung mit einer Note geant-
wortet, in der zunächst betont wird, daß die deutsche Regie-
rung mit der englischen Regierung darin einig ist, daß die
Zukunft der deutschen Minderheiten von den Beschlüssen der
kommenden Friedenskonferenz abhängt. Bezüglich der Provo-
kationen kritisiert sie ihre hochgradigen Befremden aus. Die
Stellung der englischen Regierung in dieser Angelegenheit
ist nur darauf zurückzuführen, daß sie über die Verträge
an der Ostsee offenbar nicht richtig unterrichtet sei. Die
Note erinnert jedoch besonders an das Verhalten der eng-
lischen Dichterin Wode und des Herrn Borewelli und dessen
Kraus in Polen. Die Provinz Polen befindet sich zurzeit im
Aufstau. Die deutsche Bevölkerung riefte darauf Hülfe
an die Reichsregierung. Ebenso wie die englische Regierung
in Irland, müßte die deutsche Regierung militärische Maß-
regeln ergreifen, um die Ruhe und Ordnung wiederher-
zustellen. Sie könne nicht weiter ruhig zusehen, daß an
Stelle einer nur über bereits eingetragenen neuesten fried-
lichen Regelung der Streitfragen der nachteiligste polnische
Imperialismus ungeschämter sich ausbreite. Die Beside-
nung in Oberschlesien hätten mit nationalen Fragen nichts
gemein. Die Arbeiter-Karotten im ober-schlesischen Industrie-
bezirk seien auf internationale rechtswidrige Verhältnisse
zurückzuführen. Die Warschauer Revolution hat zur Auf-
hebung der nationalen Bewegung in den preussischen Pro-
vinzen beigetragen. Sie hat es sogar unternommen, die
Polen zur politischen Kontinuität in den genannten Pro-
vinzen anzuordnen und dieses deutsche Gebiet in 16 Wahl-
bezirke einzuteilen, eine Provokation und Annäherung, die in
der Weltgeschichte einzig dastehen dürfte.

Brodhorst-Mannau.

Deutsche Protestnote an Russland.

Berlin, 17. Januar. (Drahtnachricht.) Die Reichsregierung
hat wegen der Unterdrückung des Spartakusaufstands durch die rus-
sischen Bolschewiken folgenden Protest an die russische Regierung
hinterlassen: Bei Unterdrückung der außerrechtlichen Bewegung,
die hier ursprünglich von einer terroristischen Gruppe aus westlicher
und tschechischer Bergweltung des deutschen Volkes unternom-
men wurden, sind unüberlegliche Beweise hierfür zu Tage getreten,
daß diese Bewegung mit russischen Mitteln und von russischen Or-
ganen unterstützt worden ist und daß russische offizielle Persönlich-
keiten an ihr teilgenommen haben. Die deutsche Regierung legt
wegen dieser unzulässigen nachbrechenden Einmischung in die inner-
en Verhältnisse Deutschlands strenge Verwarnung ein. Sie
bleibt zunächst davon ab, aus diesem Grunde allen russischen Staats-
angehörigen, die sich bisher frei in Deutschland aufhalten konnten,
das gewöhnliche Geßrecht zu entziehen, mo sie an sich berechtigt
wäre. Sie will jedoch keinen Zweifel darüber bestehen lassen, daß
gegen Russen, die sich einer Unterdrückung der außerrechtlichen Be-
wegung schuldig gemacht haben, oder sich in diesem Sinne tätig
werden, auf das Schärfste vorzugehen werden wird. (Ges.: Ebert
Scheidemann.)

Massenstreik in Leipzig.

Gewalttätigkeiten.

Leipzig, 17. Jan. (Drahtnachricht.) Das „Leipziger
Tagblatt“ meldet: Im Laufe des heutigen Morgens traten
die Arbeiter zahlreicher Leipziger Fabriken in den Ausstand,
die sich mehr und mehr ausbreitet. Es wird in den Dug-
kettfabriken, Webereien, Schneidereien und in den Mühlen-Werken
Streik. Auf dem Augustusplatz verhielt Dr. Karl
Geyer, der Schriftleiter der „Volkzeitung“, den General-
streik als Demonstration gegen die Vorgänge in Berlin, die
zum Tode Beckenbachs und Hofe-Zugendburgs führten. Die
Menge zog hierauf in die verschiedenen Betriebe, um die
Durchführung des Streiks zu erwirken, der am Nachmittag
stetig allgemein wurde. Die Straßenbahnen verkehrten in-
folge des Schnausstandes der Angehörigen seit heute früh

nicht. In den Nachmittagsstunden hatte das Wasserwerk
seinen Betrieb eingestellt, so daß die Stadt ohne Wasser war
und die Bevölkerung, die an dem Tag von den Ereignissen
schon übermüdet war, an allen möglichen Brunnen auf den
Straßen sich einstellte, um Wasser zu holen. Auch die Zeit-
ungen wurden in Mitleidenschaft gezogen und am Weiter-
erscheinen verhindert. Der Arbeitertrief ließ die Flugblätter
verleihen, in der er vor der Sabotage der Zeitungsbetriebe
warnt. Die Flugblätter der demokratischen und deutsch-
nationalen Volkspartei wurden an zahlreichen Stellen der
Stadt verbrannt. In das Bureau der demokratischen Partei
drang eine Menge und vernichtete das Werbematerial.
Auf dem Augustusplatz loderten stundenlang Scheiter-
haufen, auf denen Flugblätter verbrannt wurden. Die
Menge war erregt. Überall auf den halbdunklen Straßen
sammelten sich Gruppen. Vielen Soldaten wurden die Kos-
ten abgerissen, Offizieren die Mäntel. Wagen wurden
angestochen und nach den Insassen untersucht. Eine kräftige
Eingrenzung in der Arbeitertriefen fordert Befassung des
Proletariats gegen die gegenrevolutionäre Militärkultur
in Berlin, der sich die Regierung Ebert-Scheidemann bereits
beugen müßte. Für morgen ist ein großer Demonstration-
streik der gesamten arbeitenden Bevölkerung geplant als
Protest gegen die Berliner Regierung.

Die Untersuchung im Liebknecht-Luxemburg-Fall.

Berlin, 17. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Die
militärgerichtliche Untersuchung gegen die Transportführer und
Besatzmannschaften, unter deren Bezeichnung Liebknecht und
Kola Luxemburg unmittelbar vor ihrem Tode standen, nimmt,
wie wir erfahren, ihren Fortgang. Von der Regierung wird
ebenfalls nichts unterlassen werden, um in die ganze Angelegen-
heit Licht zu bringen und die unbedingte Wahrheit festzu-
stellen. Die Regierung verzichtet ihren unabhängigen Be-
stand, mit schärfster Schärfe vorzugehen, falls irgend ein
Verdacht über eine große Fahrlässigkeit der Transportführer
beide Geschädigten vorliegen sollte. Die Leiche von Frau
Luxemburg war bis in die Abendstunden noch nicht gefunden.

Berlin, 17. Januar. Am in Sachen des Todes Karl
Liebknechts die Schuldfrage zu klären, ist vom Ge-
richtsherrn der Kriegsgerichtsrat Kurbig bestimmt worden.
Der Fall der Frau Luxemburg soll im Interesse der Be-
schleunigung von einem anderen Kriegsgerichtsrat be-
handelt werden. Die Reichsregierung hat angedeutet, daß in
beiden Fällen der Vollzug wie der Zentralrat je ein Mit-
glied damit betrauen sollen, an der Untersuchung mitzu-
wirken, und zwar hat sie dem Vollzugsrat empfohlen, für
diese Aufgabe nach Möglichkeit ein Mitglied der unabhän-
gigen Sozialdemokratie zu bestimmen. Daraufhin hat
der Zentralrat für die Untersuchung im Falle des Dr. Karl
Liebknecht sein Mitglied Hermann Müller, der Vollzugsrat
sein Mitglied Wegmann abgeordnet. Für die Untersuchung
im Falle der Frau Luxemburg sollen die Vertrauensleute
noch bestimmt werden.

Die Lage in Oberschlesien.

WTB. Kottwitz, 17. Januar. (Drahtnachricht.) Heute
vormittag wurden die Verhandlungen über die ober-schlesische
Lage unter dem Vorsitz des Ministers des Innern Hirsch
und im Beisein anderer Regierungsvertreter, der Gewerks-
chafts- und Mitglieder des Reichsrats von Breslau mit den
Vertretern der Werke wieder aufgenommen. Zunächst wurde
über die getriggen Verhandlungen zwischen den Regierungs-
vertretern und den Arbeitern mitgeteilt, daß verabredet
worden sei, erneut mit den Werken in Verbindung zu treten,
in erster Linie wegen des 800-Mark-Gehalts. Die Wer-
kretreter der Werke machten darauf aufmerksam, daß in den
letzten Monaten bereits eine Lohnsteigerung von 40 Proz.
und ein einmaliges Kriegsbeihilfengeld in bedeutender
Höhe den Arbeitern gewährt worden sei. Würde das Ge-
halt in Oberschlesien bewilligt werden, dann würde sofort
von den Arbeitern der gesamten deutschen Industrie ein
gleiches Gehalt gefordert werden, was den Ruin der In-
dustrie bedeuten würde. Nach eingehenden Beratungen
wurden die gemeinsamen Verhandlungen geschlossen. Die
Gewerkschaften traten erneut zu einer Besprechung zu-
sammen, bei der sie auf ihrem ablehnenden Standpunkte
bestanden und beschloßen, den Arbeitsgemeinschaften der in-
dustriellen und gewerblichen Arbeiter und jener in Berlin
Mitteilung zu machen. Dieser Beschluß ist den Arbeitern
mitgeteilt worden, die davon weiter zurückzuziehen waren. Die
Regierungsvertreter erklärten sich. Die Arbeiter lehnten
ihreits die Beratungen fort.

Deutsche demokratische Partei, Sozialdemokratie und Deutsch-nationale Volkspartei.

DPK. Die Deutsche demokratische Partei will...
Für die Arbeiter und Kriegswaisen...
Sorge für die durch den Krieg...
Erfahrungen, auch für die...
Kriegswaisen und...
Staatliche Anerkennung der...
Schwierigkeiten...
Schärfste...
Wann...
Parteien...
Von der Sozialdemokratie...
Partei:

1. Die Grundausfassung über den Menschen
und die menschliche Gesellschaft. Die Sozialdemo-
kratie sieht im Menschen das Rab in der Staatsmaschine,
die Demokratie das selbständige, freie Einzelwesen, das natürlich
die Menschenwürde nicht zu nehmen hat. In der Demokratie soll
der Staat nicht mehr, als unbedingt nötig, in das Privatleben
eingreifen. Mit der persönlichen Freiheit, die Sozialdemokratie
widerspricht, mit der Freiheit ist es im sozialistischen Staat
nicht mehr frei.

2. Demokratie heißt: Volksherrschaft! Gleiches
Recht für alle. Die Sozialdemokratie will im Vor-
recht den Lohnarbeitern. Für uns kein Unterschied zwischen „Ar-
beiter“ und „Bürger“. Auch der Arbeiter ein Bürger, jeder
Bürger ein Arbeiter. Es heißt, wenn der, der mit der Arbeit
der Welt arbeitet, deshalb geringer gehalten sein soll. Bei der
Sozialdemokratie Klassenherrschaft, Klassenkampf, letzten Endes
Klassenkampf, bei der Demokratie das oberste Streben, Haß
und Unterdrückung der Klassen zu überwinden und auszugleichen.
Gleiches Recht für alle. Verhinderung der Gerechtigkeit, immer
wenn die Gerechtigkeit gegen alle, Leben und Leben lassen. Das
Wort der Deutschen demokratischen Partei.

3. Die Deutsche demokratische Partei will Auf-
rechterhaltung des Privateigentums und des
privaten Unternehmungsgeistes als Grundlage
unseres Wirtschaftslebens. Die Sozialdemokratie die
Vergesellschaftung, die Verstaatlichung aller Produktionsmittel
— aller Maschinen, Fabriken usw. — einschließlich des Grund-
und Bodens, einzel- oder groß- oder Kleinbetrieb. So im be-
stimmten ererbten Erwerbungsprogramm. Wenn neuerdings einzelne
Kreise der Sozialdemokratie nicht mehr so weit gehen wollen, so
ist das eben gegen einen der wichtigsten Punkte ihres Programms.
— und gerade die Sozialdemokratie hat betont, sie frände im
Gegensatz zu anderen Parteien ihr Programm nicht zu ändern.
Hier also ein Widerspruch!

Die Demokratie will Erhaltung des Privateigentums am
Grund und Boden. Mehr denn je brauchen wir heute einen
klaren Bauernstand. Eine Verstaatlichung der landwirt-
schaftlichen Betriebe ist ein Unding! Wir wollen gesunde Boden-
reform, weitestgehende Agrarverfassung, Gemeindefür-
sorge für Kriegsteilnehmer, dabei Einschränkung des
Gehalts und Gehalts. Im Gegensatz zu konservativen An-
schauungen Beibehaltung der Abstemmung und aller ähnlichen
kautelen Vorrechte. Der freie Bauer auf freiem Boden!

Aber auch in der Vergesellschaftung der gesamt-
en Industrie ist die Sozialdemokratie, wie z. B. Kohlen,
Eisen- und Kalibergbau, Elektrizität u. dgl. m.
Für die gemeinsame Anspannung aller Kräfte von Unternehmern
und Arbeitern kann unter wirtschaftlichen Leben wieder zur Hilfe
bringen. Unter Handel mit dem Ausland muß aus neu erobert
werden. Staatliche Angestellte unter überausfröhlicher Leitung
sollen so etwas nicht leisten. Die ungenutzten Kaufleute
fragen wir dazu, die persönlich am Erwerb interessiert sind. Über-
mäßige Gewinne können und sollen den Unternehmern durch
Steuern abgenommen werden.

Wir wollen weiter Förderung des Mittelstandes,
des Handwerks und Kleinhandels, im Gegensatz zur
Sozialdemokratie.

Eine Verstaatlichung wollen wir für die dazu rei-
fer, monopolistischen Betriebe, wie z. B. Kohlen,
Eisen- und Kalibergbau, Elektrizität u. dgl. m.
4. Die Deutsche demokratische Partei will im
Gegensatz zur Sozialdemokratie Beibehaltung des Reli-
gionsunterrichts in der Schule, allerdings ohne daß
die Lehrer und die Kinder dazu gezwungen werden, die Entschä-
dung über die den einzelnen deutschen Bundesrepublikanern
Die Sozialdemokratie ist und bleibt ab-
hängig von den Konfessionslosen und Spaltung-
seuten, die uns immer weiter in das Unglück hineintreiben.

Von der Deutsch-nationalen Volkspartei trennt die Deutsche
demokratische Partei:

1. Die Deutsche demokratische Partei tritt un-
abwandelbar ein für eine deutsche demokratische Re-

Tretet restlos für Liste Delius ein!

...dabei; die Deutsch-nationale Volkspartei ist nur Recht, „auf dem Boden jeder Staatsform mitzureden, in der Freiheit und Ordnung besteht.“ Ihre Anhänger betonen, sie blieben im Herzen Monarchisten. Aber Bürgerrecht und neues Bürgerrecht (und freies Spielraum zwischen Koch und Eib) nicht will, der muß ich auf dem Boden der Parteien stellen und mit aller Kraft für die Verwirklichung einstreuen und darf nicht einmal in Gedanken mit der Monarchie noch spielen.

2. In Deutschland trat bisher das aristokratische Kleinpartei, d. h. es gab keine, die betonen, durch Geburt oder Vererbung die Rechte zu haben, die nur durch die Staatsform, die sie annehmen, nicht zu ändern. Staatsrecht macht für Recht. Es hat bei uns genug Leute, für die die Macht erst beim Kaiser anfing. Wir wollen, daß jeder im Reichsland seinen Menschen hat! Wir wollen keine Herrschaft von unten, keine von oben! Gleiches Recht für alle. Weg mit den Standesunterschieden! Weg mit der Macht des Emporkömmlings, welche zu hoch ist als die Rechte. Den Grundgedanken der Deutsch-nationale Volkspartei machen aus die preussischen Konventionen, die öffentlichen Willigen und Großgrundbesitzer. Wird diese Partei für Aufhebung aller Standesunterschiede wirken können?

Wir wollen freie Wahlen für den Reichstag, Aufhebung der Wahlzirkel, die logische Einheit der Wahlen, die in einem System von Schulen, in denen jeder nach seiner Begabung emporkommen kann bei freiem Schulgeld und freier Bekämpfung.

3. Die Deutsch-demokratische Partei tritt ein für die Verknüpfung zwischen den Parteien, für einen Bund, der sich der höchsten Rechte nicht, Gemäß einer unerschütterlichen Aufgabe, aber es gibt nur ein Entwurf. — Oder, entweder Verhängung oder über kurz oder lang einen neuen, höher noch fortgeschrittenen Krieg. Darf man eine Sache deshalb überhaupt unversucht lassen, weil man sie für schwer oder für fast unüberwindlich hält? Es handelt sich um das Schicksal unserer Kinder, um das Schicksal der Menschheit. Weshalb eine Aufgabe, das Schicksal der Welt zu sein. Und die Deutsch-nationale Volkspartei lag in ihren Aufzügen von dieser Aufgabe, die der gesamten heutigen Menschheit gestellt ist, kein Wort! Das machen wir ihr zum höchsten Vorwurf!

Wir sind uns keines Wortes bewußt, aber wir wollen kein unversuchtes Recht sein, nur gleichberechtigtes unter den anderen. Es ist ein Vorkriegsstandpunkt, ein anderer Väter herabzudenken, sie zu unterdrücken. Selbstüberhebung ist ebenso von Uebel wie Unterbeugung.

4. Die Deutsch-nationale Volkspartei nimmt für sich in Anspruch, die Partei zu sein, die alle nationalen und staatsrechtlichen Kräfte umschließt. Wir erheben schärfsten Widerspruch dagegen, wir sind nicht ein nationaler, nicht ein deutsch und staatsrechtlich. Die Deutsche demokratische Partei hält es allerdings für richtig, weniger von der Kaiserlandstube zu reden und mehr für das Vaterland zu tun.

5. Es hat bezüglich Rechte gegeben, die gegen die Friedensbestimmung des Völkerrechts verstoßen sind, die der Reichsregierung und der ererbenden preussischen Monarchie des deutschen Volkes in den Rücken gefallen sind. Viele von denen, die eben noch der Militärherrschafft das Wort redeten, die den letzten Abstrich überboten, die Amertanen unterdrückten, die den Krieg verlängerten, weil sie die halbe Welt erobern wollten, die heute in unter den Anführern der Deutsch-nationalen Volkspartei zu finden sind, die die Politik, welche die Deutsch-nationale Volkspartei vertritt. Sie haben nichts verzeihen und nichts gedenken.

Was das deutsche Volk sich entscheiden, ob es sich noch einmal dieser Führung anvertrauen will, die jedoch den Zusammenbruch herbeiführt hat!

Die Verhandlungen der Waffenstillstandskommission.

Paris, 17. Januar. Ueber den Verlauf der Verhandlungen zur Verlängerung des Waffenstillstandes geben wir noch eine kurze Uebersicht, wobei es uns weniger auf wortgehende Verhandlungen als darauf ankommt, Geist und Stimmung der Verhandlungen festzustellen. So: Ich übertrage einen Schriftsatz. Die Angelegenheiten stellen sich in unserer Herzensmitleid. Am 17. Januar morgens 5 Uhr läuft der Waffenstillstand ab. Ich erwartete eine Sitzung bis morgen, 16. Januar, vormittags. Erzberger: Für welche Zeit ist die Verlängerung in Aussicht genommen? — So: Wie bisher, für einen Monat. — Staatssekretär Erzberger: Ich verhoffe, daß die bereits im Auszuge gegebene Rede, welche diesmal im Gegensatz zu der früheren Gesprochenheit des französischen Dolmetschers abschmittweise überlesen wird. Noch hört gespannt zu und wird erregt, sobald sein Name fällt.

Nach Verlesung eines Abschnitts der Rede, welche die Ablieferung des Eisenbahnmaterials behandelt, greift Erzberger lebhaft ein: Ich bin ganz überzeugt, daß von mir gegebenen Aufgaben nicht eingehalten sein sollen. Ich verlange ganz präzise Angaben. — Erzberger: Ich habe durch General v. Winterfeldt wiederholt und in letzter Zeit täglich die Menge von Einzelheiten mit ganz genauen Angaben über die Befähigung des deutschen Eisenbahnpersonals.

Um Ehre und Recht.

Roman von Fr. Gumbner.
43. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)
„Verlobte sollen erst recht nicht allein umschreiten, das thut ihr nicht!“, sprach die Wit in strengem Tone.
„Ach, was verstehen Sie davon, Banley“, rief Erta übermütig.
„Soll, Erta“, nahm Franz das Wort, ein Lächeln unterdrückend, „Wit Banen hat ganz recht, und ich bitte Sie um Entschuldigung, Wit Banen, daß ich nicht verzeihen habe. Gerade wie in unserer seltsamen Lage müssen doppelköpfige sein. Es soll nicht wieder vorkommen, Wit Banen, und nun hören Sie, was wir beschließen haben.“
Er teilte der Gattin seinen Plan mit, daß sie und Erta einzuweichen bei seinen Eltern Wohnung nehmen sollten, da vorläufig eine Ausweisung mit der Baronin nicht zu seinen liege.
Wit Banen hatte ihre Besorgnisse. Aber schließlich gab sie doch zu, daß es so das beste sei, nachdem sie den Brief der Baronin gelesen.
„Die Frau Baronin verkennt nicht!“, sagte sie leise beiseit. „Nicht aus Leidenschaft habe ich Erta begleitet, sondern im Gegenteil, aus erstem Mitleidgefühl, um über ihr Kopf und Weisung zu können.“
Wit Banen, es, Wit Banley, sprach Erta bewegt, „und wir sind Ihnen von Herzen dankbar.“
Gemeinsam begaben sie sich in das Haus zurück, wo Erta in seine Eltern ein langes Telegramm diktierte und Wit Banen und Erta sich zur Abreise rüsteten.
Mit dem Schnellzuge, der mittags die Station Sombach verließ, reisten sie nach Berlin zu dem Oberamtmann Zehlfeld, dem Vater Frinsens.

welcher zur Abgabe von Fotomontagen und Wagen im letzten Geleitz führt, durch General Nuband in Spa übergeben lassen. — So: Ich wiederhole, mir ist von diesen Angaben nichts bekannt. Ich bitte um weitere Einzelheiten. — Erzberger: Dann kann ich nur sagen, daß meine dem General Nuband übergebenen Angaben nicht weitergegeben worden sind.

Gewiß es mir in Paris möglich ist, werde ich sofort das Material zusammenheben und heute nachmittags dem französischen General Weyand überreichen lassen.

Die Anrede über die Auslegung des Artikels 6, wonach die Teilnahme an Kriegsmassnahmen, die vor Unterzeichnung des Waffenstillstandsvertrags stattfanden, nicht strafbar sein soll, gestaltet sich besonders dramatisch. Erzberger: Ich muß darauf hinweisen, daß trotz der gegebenen Zusicherungen eine Reihe von Verfehlern, die in autem Massen Industrie-Material von den deutschen Militärbehörden übernommen haben, steht von den Alliierten verurteilt und ins Gefängnis gesetzt wurden. Es liegen hier ausserordentliche Fälle von Teilnahme an den in Bezug auf Kriegsmassnahmen vor, die nach dem Waffenstillstandsvertrage straflos sind. Ich erwarte, daß Maximalprobi über diese einzelnen Fälle eine Untersuchung anordnet und nach Einbild in den Tatsachen die widerrechtlichen Verfehlern nach läßt. — So: Ich erkläre mich bereit die Fälle zu untersuchen. — Der Sagenputz erreicht die Ausprache, als Staatssekretär Erzberger das Kapitel der

Anwesenheit der Deutschen aus Elsas-Lothringen in Angriff nimmt. — So: Die Ausstellungen aus Elsas-Lothringen haben mit der französischen Regierung gar nichts zu tun. Hier handelt es sich um rein militärische Fragen. Das Richtige ist die Sicherheit der alliierten Truppen. Ich lehne es ab, über Maßnahmen militärischer Art Besprechungen oder Kritiken anzunehmen. Im übrigen erinnere ich an das Verhalten der Deutschen in Lille und Nordfrankreich. —

Sucht Ihr Schutz vor Spontakisten? Wählt nur Demokratenlisten!

Erzberger: Das war im Kreise. Jetzt sind wir im Waffenstillstand. — So: Frankreich steht mit Deutschland nicht im Frieden. Ich bin Soldat, was kein Friede ist. In Paris. Ein Drittes ist es nicht. — Erzberger: Das Dritte ist eben der Waffenstillstand. Ich selbst habe während des Krieges wiederholt durch deutsche Soldaten Nachrichten an Bewohner Elses über ihre Familien-Angehörigen gelangen lassen. Man könnte doch wenigstens die Spürte gegen die elsas-lothringischen Bewohner dadurch mildern, daß man die Wollkarte aufhebt. — So: Lassen wir dieses Kapitel. Ich bitte dabei, die Wirkung von Elsas und Nordfrankreich würde nicht zu Ihren Gunsten ausfallen. An dem Kriegszustand in Elsas-Lothringen wird nichts geändert. — Erzberger: Das ist tief beauerlich! Denn hier müssen nur Aufgebote stehen, und dabei hat Frankreich nicht einmal einen Vorbehalt davon.

Den neuesten Vorschlag zu einer Wiederannahme der Ausprache gab die Stelle in Erzbergers Rede.

Deutschland werde nicht der Finanzhilfe der Alliierten. So: Ich weise es zurück, daß der internationale Finanzkommission, der Vertreter der französischen Regierung, den Vorwurf des Bolschewismus verdient. — Erzberger: Ich bringe nur Tatsachen. Tollade ich, daß für den Fall der Annahme der französischen Finanzbedingungen der Finanzminister aus Verhältnissen aussteht, deren Verhältnisset mit bolschewistischen Zuständen nicht harmonieren werden kann. — So: Wir haben in der Waffenstillstandskommission nur Kriegszustand zu verhandeln, keine Revolutionen. — Erzberger: Einverstanden. Die Anwesenheit ist eine Rechtsfrage. Wir werden über die ganze Anwesenheit überhand nicht weiter verhandeln. — So: Ich schweig. Zu der Stelle über die Notwendigkeit,

die deutschen Kriegsgefangenen zurückzugeben, und auf die direkte Antwort, man auf die Rückgabe zu rechnen sei, erteilt Erzberger die Antwort. Als er unmittelbar auf die in der Türkei befindlichen deutschen Gefangenen angesprochen wird, wendet er sich an den englischen Admiral, der nach dem demokratischen Schiedsgericht bemerkt: Ich habe keine Antwort zu geben. Dasselbe sagen viele beiden Geleiter. — Erzberger: Wenn ich keine Antwort erhalte vom Vertreter der Entschd, so muß ich annehmen, daß es schwebend zurück, wie durch verbreiteter

XVIII. Der schöne Stanislaus.

Der schöne Stanislaus, wie ihn Erta in ihrem früheren Leben nie genannt hatte, sah auf der Fernbahn des Schloßes und rief, nachdenklich gekümmert, eine Zigarette nach der anderen, den Rest der aufgebrauchten Zigaretten stets in weitem Kogen in den Park schleudernd.
Seine Mutter, Frau Julie von Krolowitsch, stand an die Balustrade gelehnt und beobachtete ihren Sohn mit ängstlichen Blicken.
Frau Julie war trotz ihrer 45 Jahre noch immer eine schöne Frau, wenn ihre einjährige jugendliche Schlantheit auch einem behäuflichen Embonpoint gewichen war. Aber das schwarze Seidenkleid — sie trug fast immer schwarze — umspannte knapp ihre volle Gestalt und ließ sie schlanter erscheinen, als sie in der Tat war. Auch das Schwarz den immer noch zarten Teint ihres Gesichts, dem Ruber und Schminke allerdings nachhelfen konnten. Ihr reiches, schönes, blondes Haar lagerte sich in sonnen Vellenteilen um ihr Antlitz, das dadurch mit seinen blauen Augen und dem süßlich-melancholischen Lächeln auf den Lippen einen madonnenartigen Eindruck machte.

Diese sanfte Schmelztheit, diese süße Schmelztheit, diese melancholische Dämmerstimmung hatte jedoch ihren Schloß auf sich, nachdenklich gekümmert, eine Zigarette nach der anderen, den Rest der aufgebrauchten Zigaretten stets in weitem Kogen in den Park schleudernd.
Seine Mutter, Frau Julie von Krolowitsch, stand an die Balustrade gelehnt und beobachtete ihren Sohn mit ängstlichen Blicken.
Frau Julie war trotz ihrer 45 Jahre noch immer eine schöne Frau, wenn ihre einjährige jugendliche Schlantheit auch einem behäuflichen Embonpoint gewichen war. Aber das schwarze Seidenkleid — sie trug fast immer schwarze — umspannte knapp ihre volle Gestalt und ließ sie schlanter erscheinen, als sie in der Tat war. Auch das Schwarz den immer noch zarten Teint ihres Gesichts, dem Ruber und Schminke allerdings nachhelfen konnten. Ihr reiches, schönes, blondes Haar lagerte sich in sonnen Vellenteilen um ihr Antlitz, das dadurch mit seinen blauen Augen und dem süßlich-melancholischen Lächeln auf den Lippen einen madonnenartigen Eindruck machte.

Tatenlosigkeit, die schlimmer ist als die Greuel gegen die Armenier. Deshalb muß ich darauf bestehen, daß mit eine Antwort zuteil wird. — So: Ich werde die Greuel prüfen. — Erzberger: Ich bin dankbar für diese Zusicherung. Aber sie ist ungenügend. Die Antwort muß erteilt werden in der Schiffahrtskommission. Denn die Frage des Rücktransports unserer Gefangenen ist uns eben so wichtig wie die Frage der Lebens-Unterstützung. Schluß sind genug vorhanden. Darum überreicht Staatssekretär Erzberger ein Exemplar der jedoch verlesenen Rede dem Maximalprobi. Auch der englische Vertreter wünscht ein Exemplar. — So: Ich nehme Kenntnis, vorbehaltlich der von mir bereits mündlich erhobenen Einwände. Ich erwarte die Antwort morgen früh.

Aufgaben und Ziele der deutschen Friedensdelegation.

Berlin, 17. Januar. Die Reichsregierung hat sich in den letzten Kabinetsitzungen unter Ausdehnung des Staatssekretärs des Reiches damit beschäftigt, die Delegation zum Friedenskonferenz zusammenzustellen. Zu Leitern der Delegation hat sie den Staatssekretär des Reiches Grafen v. Brockdorff-Rantzau und den Volksbeauftragten Scheidemann bestimmt. Ihnen wird ein Stab diplomatischer, wirtschaftlicher und rechtspolitischer Referenten beigeordnet werden. Die Abordnung wird in ihrer Zusammenfassung das neue Deutschland zur Darstellung bringen.

Auch über die Richtlinien, an die sich die deutschen Vertreter auf der Friedenskonferenz zu halten haben, ist Klarheit und Uebereinstimmung erzielt worden. Vor allem ist sich die Reichsregierung der Verantwortung bewußt, die ihr durch die Annahme des Wilson'schen Programms auferlegt ist. Wie sie alles in dessen Durchführung erforderliche Nachbetrachtung betreiben und so auch jede damit übernommenen Verpflichtungen eingehalten wird, so muß sie andererseits Forderungen unserer bisherigen Gegner ablehnen.

Die über jenes Programm hinausgehen. Sie darf die Grenzen nicht überschreiten lassen, die der Behauptung der innigen deutschen Menschheit als Staatswohl und Wirtschaftlicher Neopolen sind. Sie wird sich der Weiterführung eines Wirtschaftskrieges nach Friedensschluß widersetzen. Andere Vertreter haben sich dafür eingesetzt, daß alle wirtschaftlichen Kampfsachen sofort eingestellt und die handelsrechtlichen Verhältnisse wiederhergestellt werden sollen, wobei die Gerechtigkeit beruhende Berechnung über die gegen seitige

Einfuhr von Rohstoffen und Lebensmitteln.

zu treffen und ihr die Zukunft eine wirtschaftliche Annäherung zum Weltmarkt unter möglichst gleichmäßigen Voraussetzungen anzustreben sein. Das geht natürlich, daß die Frage des Wirtschaftskrieges und der Weltverkehrlichen Fragen auf der Grundlage der von den letzten internationalen Konferenzen darüber abgemachten Beschlüsse von allen Beteiligten Staatsamt möglichst gleichmäßig geregelt werden.

Weiterhin werden unsere Vertreter zu erklären haben, daß Deutschland bereit ist, gemeinam mit den anderen Staaten

zu Lande, zur See und in der Luft abzurufen.

und die zur Ausführung dieses schwierigen Problems erforderlichen Bestimmungen unter der Voraussetzung der Generalisalkate einzugehen. Insbesondere hat Deutschland durch die Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen seine Stellung im internationalen Verkehr zu wahren. Um so wichtiger ist es geworden, daß nicht ohne Gefahr die internationalen Beziehungen immer noch hinter Straßbrennblänken stehen, während wir unter Geplänkel haben festsetzen müssen. Die Deutschen sind angewiesen, auf der Seite der Besatzungsmächte Deutschlands schon bei Berlin die Besatzungsmächte nachdrücklich zu bestehen. Sie werden ferner für eine

Wiedereinklang Deutschlands in seine kolonialen Rechte.

im Rahmen des Wilson'schen Programms einzutreten haben und dabei die Sorge für das Wohl der einwohnenden Bevölkerung als gemeinsame Pflicht aller Völker des europäischen Kulturkreises betonen. Bei der Behandlung der

Julie verlor das aber ausgeprochen, indem sie die Stille und Wildheit möglicherweise Bekanntheit ins Auge zu werfen wollte. So hatte sie ihre Tochter in einer reichen politischen Familie als Gesellschaftlerin untergebracht mit der Annahme, ihr Kain sei die Folge der „antipolitischen Politik der Regierung“ gewesen, und ihrem Sohne hatte sie die Stellung im Hause der Baronin geschaffen, in dem sie jetzt noch dem Tode des Barons aus eine behagliche Interim gefunden hatte. Um so länger erlag sie, als ihr Stanislaus mitteilte, daß er hätte Sombach in der nächsten Zeit verlassen wolle.

„Was hat dich nur auf diesen unglücklichen Gedanken gebracht?“, fragte sie ärztlich.
„Mir gefällt es hier nicht mehr.“ entgegnete er nachlässig. „Der Zweck meines Hierseins ist in doch verfehlt, seit Erta mir den unabweislichen Ruch erteilt und das Haus ihrer Mutter verlassen hat.“

„Marie nur den Ausgang des Prozesses ab, dann wird sich alles klären. Wenn Born aus die Entlastung ist, dann wird Erta auch wieder zur Vernunft kommen, reumütig zu ihrer Mutter zurückkehren — und dann ist deine Zeit gekommen.“

„Ach, dieser eltschafte Prozeß!“ rief Stanislaus unmutig aus. „Wenn die Baronin meinem Tante gefolgt wäre, hätte sie den Prozeß gegen Born garnicht angefangen, sondern nur eine nichtsagende Ehrenklärung gegeben. Dem wird die dumme Geschichte aus der Welt geschaffen, und der Prozeß, den die Dichtselbst begangen zu haben, wäre auf Born doch ihnen geblieben. Gelächterlich war er so gut wie tot — und das genierte vollkommen.“

„Nicht für Erta — ihr müßte man sonnenklar sagen wollen, daß sie ihre Keigung einem Unwürdigen geschenkt hat.“
„Aber wenn Borns Schuld nicht bewiesen wird?“ (Borzierung solat.)

